

Aussenpolitik im Zeichen der Weltwirtschaftskrise

Band 10 der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz» befasst sich mit den Jahren 1930-1933

ks. «Wir sind auf uns selber angewiesen und haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, nötigenfalls mit Rücksichtslosigkeit für den ausserordentlich bedrängten Export einzutreten und dazu die einzige Waffe zu verwenden, die wir besitzen, den verhältnismässig äusserst starken Import fremder Waren.» Nötigenfalls rücksichtslos vorzugehen, wird hier dem Bundesrat nicht von irgendeinem Vertreter der Wirtschaft, sondern von einem hohen Beamten und Diplomaten, nämlich vom damaligen Chef der Handelsabteilung, Walter Stucki, empfohlen. Es ist die Zeit, in der, mit einiger Verspätung, auch die Schweiz von der weltweiten Wirtschaftskrise erfasst wird.

Offenbar verstanden es die eidgenössischen Diplomaten damals, gegenüber ihren ausländischen Gesprächspartnern recht forsch aufzutreten, denn in seiner Aktennotiz zuhanden der Landesregierung schreibt Stucki weiter: «Es ist bedauerlich, aber nicht zu verwundern, dass diese energischen Interventionen von andern Staaten nicht gerne gesehen werden, und sie gerne die Gelegenheit benützen, sich über schweizerische Schroffheit zu beklagen. Es scheint mir notwendig zu sein, dass sich der Bundesrat über diese Verhältnisse Rechenschaft gibt und deutlich erklärt, ob er mit unserem bisherigen Vorgehen einverstanden ist oder ob er es vorzieht, dass unsere Handelspolitik so geführt werde, dass wir vor allem im Ausland keine unangenehme Stimmung erwecken und nirgends anstossen.» An der Bundesratssitzung vom 31. Mai 1932 kommentiert der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schulthess, Stuckis Ausführungen mit einem Lob für den Verfasser und der Bemerkung, gelegentliche Friktionen mit dem Ausland seien im Moment unvermeidlich. Mit Verhandlungen komme man oft nicht zum Ziel und die Schweiz sei deshalb gezwungen, sich gegen die Verletzung ihrer Interessen mit Gegenmassnahmen zu wehren. Der Gesamtbundesrat schien Verständnis für das undiplomatische Vorgehen seiner Di-

plomaten zu haben und nahm von Stuckis Bericht in «zustimmendem Sinne Kenntnis».

Hauptproblem: Die Wirtschaft

Aus dem kürzlich veröffentlichten Band 10 der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz», der sich mit der Schweizer Aussenpolitik vom 1. Januar 1930 bis Ende Dezember 1933 befasst, geht deutlich hervor, dass in dieser politisch bewegten Zeit, in die unter anderem in Deutschland die Machtübernahme Hitlers fiel, die Hauptprobleme unseres Landes wirtschaftlicher Natur waren. Während die USA, Grossbritannien und Deutschland bereits vier Jahre vorher von der Krise hart getroffen worden waren, machte sich diese in der Schweiz erst 1932 so richtig bemerkbar: Preise und Löhne sanken, dafür stieg die Zahl der Arbeitslosen rasant an, die Kapitalanlagen verliessen das Land, die Börsenkurse fielen ins Bodenlose und zogen aufsehenerregende Bankzusammenbrüche nach sich. Die Versuche, zur Bekämpfung der Krise auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, erwiesen sich als Fehlschläge (Konferenzen von Genf, London und Stresa). Somit blieb der Schweiz nichts anderes übrig, als die Interessen ihres Aussenhandels im Alleingang mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen und diplomatischen Mitteln zu verteidigen. Die Schweizer Diplomaten hatten sich mehr und mehr mit wirtschaftlichen Problemen zu befassen, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und die Nationalbank spielten in der Aussenpolitik eine immer wichtigere Rolle.

Bedrohung des Kleinstaates

Im politischen Bereich spiegelt der vorliegende Band den Niedergang des Völkerbundes wider und illustriert, wie beschränkt die Mittel eines Kleinstaates gegenüber der Machtpolitik der Grossen sind, wie unbequem die Lage im Zentrum Europas sein kann und wie nötig es ist, die Möglichkeiten und Grenzen der Neutralität ständig zu überprüfen. Vorrang gewährten die Herausgeber deshalb der Darstellung des Verhältnisses der Schweiz zu ihren Nachbarstaaten. Die

Dokumente belegen die Besorgnis um das Schicksal Österreichs und das Gefühl der Bedrohung durch den Faschismus und Irredentismus in Italien. Die Beziehungen zu Frankreich waren, wie die Dokumente wiedergeben, durch den endlos scheinenden Zonenprozess belastet.

Zur Lage in Deutschland

Besondere Aufmerksamkeit wurde von den Herausgebern natürlich der Entwicklung in Deutschland gewidmet. Im Herbst 1932 war Minister Dinichert neu mit der Vertretung der Schweiz in Berlin betraut worden. Sein Urteil über das neue nationalsozialistische Regime war, wie seine ersten politischen Berichte aus der deutschen Reichshauptstadt dokumentieren, zunächst noch reichlich unklar. Den Erfolg Hitlers und seine Unterstützung durch die grosse Mehrheit der Bevölkerung schrieb Dinichert dem bolschewistischen Terror und der Angst vor der kommunistischen Revolution zu. Nachdem er am NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg teilgenommen hatte (was übrigens in der Schweiz heftig kritisiert wurde), ärgerte er sich, dass die ausländischen Diplomaten den Reden Hitlers in passiver Haltung lauschen mussten, «obwohl darin zu viele sog. unhaltbare Grundsätze aufgestellt wurden über Rasse, Volk, Instinkt, Kunst und Vorsehung, wie er auch insbesondere die Demokratie ganz allgemein aufs Korn nahm und sie zum mindesten lächerlich zu machen suchte». Dinichert zog daraus den Schluss, «dass auch wir uns gegenüber dieser Regierung nicht zu genieren brauchen; ihre Art ist so bestimmt, absolut, rücksichtslos und jede Erörterung ausschliessend, dass wir ihr einen Dienst leisten, wenn wir sie, wenigstens im internationalen Verkehr, zur sachlichen, aber harten Diskussion zwingen.»

Kein Blatt vor den Mund nahm die Schweizer Presse, am wenigsten natürlich die linke. «Unsere Antwort an Hitlers Mordbestie», «Die braunen Hunnen über Deutschland» oder «Henker! Nieder mit Hitlers Arbeitermördern!» lauteten einige Schlagzeilen, die den Chef des politischen Departementes, Bundesrat Motta, dazu veranlassten, bei seinem

Kollegen Häberlin, Vorsteher des Justizdepartements, vorstellig zu werden und eine «Administrativaktion gegenüber gewissen extremen Organen» anzuregen.

Bundesarchiv und Universitäten

Mit Band 10 wurde der vierte Band der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1945» aus dem Benteli-Verlag vorgelegt. Die auf 15 Bände veranschlagte Gesamtreihe bietet eine wissenschaftliche Auswahl von Dokumenten aus Schweizer Archiven, vorab aus dem Bundesarchiv, zur internationalen Stellung der Schweiz. Die Herausgabe des Werks steht unter dem Patronat der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz; sie wird unterstützt vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und mitfinanziert vom Schweizerischen Nationalfonds. Neben dem Bundesarchiv sind die Universitäten von Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg und Zürich am Projekt beteiligt.

Mehr Ellbogenfreiheit für Berner

Westschweizer Städte wachsen – Bevölkerungsverluste in der Deutschschweiz

ap. Westschweizer Grossstädte wachsen weiter. Während die Einwohnerzahlen der Deutschschweizer Metropolen Zürich, Basel und Bern 1982 um bis zu einem Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, erfuhren Genf und Lausanne einen Bevölkerungszuwachs. Dies geht aus der «Statistik der Schweizer Städte 1983» des Städteverbands hervor.

Bei den Bevölkerungsdichten steht Genf mit 107 Einwohnern pro Hektare Landfläche deutlich an der Spitze der Grossstädte, gefolgt von Basel mit 83, Zürich mit 56 und Lausanne mit 50. Am meisten Ellbogenfreiheit bleibt den Bernern: In der Bundesstadt kommen lediglich 43 Einwohner auf eine Hektare Land.

Sterbeüberschüsse in Grossstädten

Die Wohnbevölkerung betrug Ende 1982 in Zürich 363 648 (1980: 369 522) Personen, in Basel 179 684 (182 143), in Genf 158 546 (156 505), in Bern 143 847 (145 254) und in Lausanne 127 057 (127 349) Personen. Alle Grossstädte wiesen im letzten Jahr Sterbeüberschüs-

«Saubere Schiessplätze»

sda. Im Rahmen der Aktion «Saubere Schiessplätze» suchen diese Woche Soldaten des Infanterieregiments 15 und des Geniebataillons 3 im Oberwallis nach Blindgängern. Bisher fanden die rund 2500 Wehrmänner nur ein einziges Geschoss, das sich als Blindgänger erwies, und zwar bei Zwischbergen im Simplon-Gebiet. In die Suchaktionen im Oberwallis, die noch bis nächsten Montag dauern, werden 30 Schiessplätze zwischen Gletsch und Siders einbezogen. Die Suchaktion im Oberwallis beschränkt sich auf Gebiete, die normalen Bergwanderern zugänglich sind.

SBG-Angestellter bestochen?

sda. Ein Programmierer der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) soll in der Affäre um illegale französische Konten von französischen Zollbeamten bestochen worden sein. Nach Angaben der Westschweizer Zeitschrift «L'Hebdo» haben die Zöllner für 500 000 französische Francs die Dienste des SBG-Angestellten in Anspruch genommen.

se auf. Einzig Genf und Lausanne konnten einen Zuwanderungsgewinn erreichen.

Relativ gesehen sieht die Entwicklung der mittleren Wohnbevölkerung der Grossstädte im vergangenen Jahr gegenüber 1981 wie folgt aus: Basel minus 0,42 Prozent, Bern minus ein Prozent, Genf plus 0,71 Prozent, Lausanne plus 0,39 Prozent und Zürich minus 0,71 Prozent.

Zuwanderung in kleineren Städten

Langfristig gesehen sind die Grossstädte indessen allesamt geschrumpft. In den Jahren 1970 bis 1982 nahmen insbesondere die Einwohnerzahlen von Basel (minus 15,6 Prozent) und Zürich (minus 14 Prozent) ab. Während gleichzeitig auch Städte mit 50 000 bis 99 999 Einwohnern unter Abwanderung zu leiden hatten, ergibt sich bei den kleineren Städten ein differenzierteres Bild. So haben etwa in der Gruppe 20 000 bis 49 999 Einwohner die Bevölkerungen von Lugano (TI) Lancy (GE), Vernier (GE) und Dübendorf (ZH) zugenommen, während das krisengeplagte La Chaux-de-Fonds (NE) sowie Neuenburg offenbar an Attraktivität einbüsst.